

Wiegmann, Ulrich

Der Verbund der Historikerinnen und Historiker der Pädagogik in der DDR in und nach der "Wende"

Erziehungswissenschaft im deutsch-deutschen Vereinigungsprozeß. Frankfurt am Main ; Berlin ; Bern ; New York ; Paris ; Wien : Lang 1992, S. 103-117. - (Jahrbuch für Pädagogik; 1992)



Quellenangabe/ Citation:

Wiegmann, Ulrich: Der Verbund der Historikerinnen und Historiker der Pädagogik in der DDR in und nach der "Wende" - In: Erziehungswissenschaft im deutsch-deutschen Vereinigungsprozeß. Frankfurt am Main ; Berlin ; Bern ; New York ; Paris ; Wien : Lang 1992, S. 103-117 - URN: urn:nbn:de:0111-opus-19222 - DOI: 10.25656/01:1922

<http://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-opus-19222>

<http://dx.doi.org/10.25656/01:1922>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, veröffentlichen oder widernatürlich nutzen. Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Digitalisiert

Der Verbund der Historikerinnen und Historiker der Pädagogik in der DDR in und nach der "Wende"

Die Tagung des Wissenschaftlichen Rates für Geschichte der Erziehung¹ am 2. November 1989 bildet für die Historikerinnen und Historiker der Pädagogik in der DDR in mehrfacher Hinsicht eine entscheidende Zäsur. Mit ihr verbindet sich ebenso der erste Versuch, sich von den traditionellen bildungspolitischen Abhängigkeiten zu lösen, wie das beginnende Ende eines über Jahrzehnte einflussreichen Disziplinverbundes. Am 2. November 1989 wurde eine Diskussion über die Vergangenheit der Historischen Pädagogik in der DDR eröffnet, die zwar nach zähem Beginn in nur wenigen Monaten versandete, aber gerade deshalb den Entstehungsprozeß einer deutschen Historischen Pädagogik nach dem Ende der deutschen Zweistaatlichkeit nachhaltig beeinflussen dürfte. Der Verlauf der Auseinandersetzung, ihr zeitiger Abbruch und die organisationsstrukturelle Orientierung am bundesrepublikanischen Vorbild als Hauptergebnis der Diskussion verweisen für die Historische Pädagogik in der ehemaligen bzw. Post-DDR auf eine weitgehend ungebrochene gesellschaftliche Konformität.

Bereits der Beginn der damaligen Auseinandersetzung spiegelt diesen Zustand der Disziplin, deren "politisch-ideologische" Funktion sich über Jahr-

* Der Verf. wurde am 2. Juni 1952 als zweites Kind einer Neulehrerfamilie in einem altmärkischen Dorf geboren. Die polytechnische und anschließend die erweiterte Oberschule beendete er 1971 mit dem Abitur. Von 1973 bis 1977 studierte er die Fachlehrerkombination Geographie/Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin. Bis zur Aufnahme einer Aspirantur an der APW im Jahre 1980 arbeitete er als Lehrer an einer kleinstädtischen Schule im Landkreis Schwerin. 1983 promovierte er mit einem Thema der DDR-Schulgeschichte und war seitdem wissenschaftlicher Mitarbeiter im Institut für Theorie und Geschichte der Pädagogik an der APW. Zum Sekretär des Wissenschaftlichen Rates für Geschichte der Erziehung, dessen Selbstabwicklung er hier beschreibt, wurde er 1986 berufen. 1990 verteidigte U. Wiegmann seine Dissertation B "Antisemitismus und Volksschule 1934-1939". Im gleichen Jahr wurde er zum Leiter der neu konstituierten Arbeitsstelle für deutsche Erziehungs- und Schulgeschichte gewählt. Die Abwicklung der APW zwang ihn mit Wirkung vom 1. Januar 1991 in den sog. Wartestand. Vom 1. März bis zum Jahresende 1991 arbeitete er als wissenschaftlicher Mitarbeiter in der für diesen Zeitraum gebildeten Arbeitsgruppe Berlin des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung.

zehnte im wesentlichen reibungslos mit dem beruflichen Selbstverständnis ihrer Repräsentanten/innen vertrug. Trotzdem und unverhofft waren sie am 2. November 1989 gefordert, selbst über die Perspektive ihrer Disziplin zu entscheiden. Noch standen sie vor der Alternative, die Historische Pädagogik in der DDR entweder im bisherigen Zirkel politischer Herrschaft zu belassen, oder sie aus ihrem "politisch-ideologischen" Funktionszusammenhang zu lösen.

1. Die Entscheidungssituation

Wohl keiner der Anwesenden, die 1986 vom Präsidenten der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften (APW) in den Wissenschaftlichen Rat für Geschichte der Erziehung berufen worden waren, verließ die Veranstaltung vom 2. November 1989 in dem Bewußtsein, Zeuge seiner letzten Tagung gewesen zu sein. Immerhin waren die Mitglieder des Rates ursprünglich auch zu nichts mehr als zu einer verordneten Routineveranstaltung nach Berlin eingeladen worden. Auf der Tagesordnung stand die "Auswertung des IX. Pädagogischen Kongresses" an erster Stelle (vgl. Einladung). Viele unter den versammelten Mitgliedern des Wissenschaftlichen Rates hatten eine Pflichtveranstaltung zur gleichen Thematik in ihren Arbeitsbereichen längst hinter sich gebracht bzw. verantwortet. Das lag aber in den meisten Fällen schon einige Wochen zurück. Inzwischen war die über Jahrzehnte scheinbar so stabile andere deutsche Republik aus den Fugen geraten. Zwei Wochen vor der Ratstagung hatte Erich Honecker alle Führungsämter aufgeben und Egon Krenz überlassen müssen. Für den 4. November 1989, also zwei Tage nach der Ratstagung, stand auf dem Berliner Alexanderplatz die bisher größte oppositionelle Massendemonstration in der Geschichte der DDR bevor. Anstatt sich anlässlich des Pädagogischen Kongresses einmal mehr einträchtig schulen und disziplinieren zu lassen, keimte mit der beginnenden gesellschaftlichen Umwälzung auch für die Historikerinnen und Historiker der Pädagogik in der DDR erstmals die Chance, sich vom absolut herrschenden bildungspolitischen Dogma der SED und des Ministeriums für Volksbildung zu emanzipieren. Allerdings mußte die am 18. Oktober 1989 beim Machtantritt von Egon Krenz ausgerufenen politische "Wende" noch keineswegs sicher einen einschneidenden gesellschaftspolitischen Umbruch bedeuten. Zumindest rhetorisch bot Krenz, dessen Machtantritt ohnehin eher für "Kontinuität" denn "Erneuerung" bürgte, auch nicht viel anderes als die geläufige Parteipropaganda (vgl. Zimmerling, Z. u. S., 1., S. 139-150). Außerdem hatte es

eine zur "Wende" stilisierte und mit einem Wechsel in der SED-Führung verbundene taktische Wendung auch schon 1971 mit dem Machtantritt Erich Honeckers gegeben. Zwar schien im Herbst 1989 eine Demokratisierung des politischen Systems tatsächlich unabwendbar, die DDR-Erfahrung verhiß aber dennoch Ungewißheit. Als zu mächtig hatte sich der Staat über Jahrzehnte repräsentiert. Erst durch die Leipziger Montagsdemonstrationen war die Staatsmacht in die Defensive gedrängt und die Bereitschaft zu einem breiten gesellschaftlichen Dialog über die Zukunft der DDR erzwungen worden. Nach monatelangem Schweigen hatten am 30. Oktober 1989 auch die Verantwortlichen im Ministerium für Volksbildung endlich den Willen bekundet, die gesellschaftliche Wende mitzutragen (vgl. Zimmerling, 1990, 2., S. 43). Daß Margot Honecker bereits Wochen zuvor um ihren Rücktritt als Ministerin für Volksbildung gebeten hatte, wurde erst frühestens am Abend des 2. November 1989 bekannt. Ihre beinahe drei Jahrzehnte währende unumschränkte Herrschaft im Volksbildungsbereich blieb daher noch zwangsläufig im Kalkül all jener Historikerinnen und Historiker der Pädagogik, die sich am Vormittag des 2. November 1989 zu ihrer Ratstagung in der APW versammelt hatten.

Eine Stunde vor Beginn der Tagung war die erweiterte Leitung² des Wissenschaftlichen Rates durch seine berufene Vorsitzende, Christa Uhlig,³ zu einer "Vorabsprache" gebeten worden. Den anwesenden führenden Disziplinvertreterinnen und -vertretern schlug sie eine gravierende Veränderung der Tagesordnung vor. Ihre Idee, nicht mehr jenen durch die gesellschaftliche Entwicklung im wesentlichen ad absurdum geführten IX. Pädagogischen Kongreß "auszuwerten", sondern sich Klarheit sowohl über die Mitverantwortung der Disziplin für die bisherige Entwicklung des Bildungswesens als auch über ihren Beitrag zur Demokratisierung und Humanisierung der Bildung und Erziehung in der DDR zu verschaffen, fand sofort allgemeine Zustimmung. Einhellig wurde beschlossen, dem Wissenschaftlichen Rat eine Stellungnahme zur Annahme zu empfehlen, die von Christa Uhlig verfaßt, zuvor in der Abteilung Geschichte der Erziehung an der APW beraten und nur unwesentlich überarbeitet worden war (vgl. Lost u.a. 1989).⁴

Den letzten Anstoß für ihre Initiative hatte der Verlauf der öffentlichen Plenartagung der APW an jenem 18. Oktober 1989 gegeben, an dem Erich Honecker entmachtet worden war. Während die Referenten anderer Institutionen kurz entschlossen ihre langfristig vorbereiteten Redemanuskripte fallen ließen und sich selbstkritisch zu artikulieren begannen, beharrte der Präsident der APW, Gerhart Neuner, auf dem bekannten Hohelied über die vierzigjährige, ausschließlich erfolgreiche und vermeintlich zukunftssträh-

tige bildungsgeschichtliche Entwicklung in der DDR. Die anschließende heftige Kontroverse unter den Akademiemitgliedern fand vor zahlreichen wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der APW dann ohne ihn statt, denn er hatte sich auf der historischen Sitzung des Zentralkomitees der SED einzufinden. Während dort hinter geschlossenen Türen der Führungswechsel in der Parteihierarchie vollzogen wurde, verständigte sich das zeitweilig enthauptete Plenum der Akademie über eine ausschließlich intern zu verbreitende und letztlich nur zahme Stellungnahme über die krisenhafte Entwicklung in der DDR. Einmal mehr hatte das im Plenum der APW organisierte erziehungswissenschaftliche Establishment seine wissenschaftspolitische Funktion behauptet.

Die sich seitdem fast überstürzenden und zur Stellungnahme geradezu zwingenden gesellschaftspolitischen Entwicklungen in der DDR schienen ein ähnliches Versagen der Historikerinnen und Historiker der Pädagogik beinahe von selbst auszuschließen. Die schnelle Einigung auf die veränderte Tagesordnung nach der Leitungsberatung auch durch die versammelten Mitglieder des Wissenschaftlichen Rates für Geschichte der Erziehung bekräftigte die Erwartung. Trotzdem nahm die Diskussion einen nicht kalkulierten Verlauf. Vor der wie üblich schweigenden übergroßen Mehrheit entwickelte sich ein nur kurzer, aber ungewöhnlich scharfer verbaler Schlagabtausch zwischen Gottfried Uhlig⁵ und Gerd Hohendorf.⁶ Letzterer hatte sich bei der Eröffnung der Diskussion zwar nicht gegen den Inhalt, wohl aber gegen eine Stellungnahme in Form einer allgemeinen "Deklaration" ausgesprochen und statt dessen konkrete Vorschläge für die Umgestaltung des Bildungswesens verlangt. Seine hier verkürzte Formel: "Zurück zu Diesterweg" provozierte Gottfried Uhlig zu dem Verweis auf die jahrzehntelange und für ihn bindende sozialistische Erfahrung nach Diesterweg. Außer ihnen meldete sich keiner der führenden Disziplinvertreterinnen und -vertreter zu Wort. Dagegen sprachen sich einige wenige Historikerinnen und Historiker der Pädagogik aus der "zweiten Reihe" für die Annahme der Stellungnahme durch den Rat aus. Johannes Irmscher⁷ schließlich machte auf die Schwierigkeit aufmerksam, sich mit einer nur einmal verlesenen Erklärung zu identifizieren. Er schlug daher vor, sie als Standpunkt der Verfasser zu akzeptieren, als Grundlage für eine spätere Diskussion anzunehmen und zu veröffentlichen. Diese Auffassung kam ganz offenkundig der schweigenden Mehrheit entgegen und erwies sich schnell und komplikationslos als beschlußfähig, zumal auch das zuvor konsultierte erweiterte Leitungsgremium keinen Einwand gegen die veränderte Verfahrensweise erhob. So geriet die versuchte und, wie Gerd Rackow⁸ in einem Vortrag in Bochum nur einige Wochen

später einschätzte, "damals noch 'mutige'" Stellungnahme (Rackow 1990, S. 5) zur Angelegenheit der drei Unterzeichner/innen. Der Wissenschaftliche Rat für Geschichte der Erziehung vergab damit die ohnehin nur vage und wohl auch einmalige Chance des Herbstes 1989, sich als erstes überregionales erziehungswissenschaftliches Gremium nicht nur zur Mitverantwortung für die als stalinistisch plakatierten Deformationen des Bildungswesens in der DDR zu bekennen, sondern noch relativ früh und vielleicht sogar rechtzeitig seine Fähigkeit und Bereitschaft zu bekunden, im Sinne der unausweichlichen Demokratisierung der Bildung und Erziehung initiativ zu wirken. Er dokumentierte mit seiner zögerlichen Haltung letztlich nur die Unfähigkeit, vor und frei von eindeutigen bildungspolitischen Vorgaben Entscheidungen von einiger Tragweite zu treffen. Daß zudem ein nicht unerheblichen Teil der Mitgliedschaft die Bedeutung einer Stellungnahme durch den Wissenschaftlichen Rat kaum erkannt bzw. unterschätzt hatte, dokumentierte sich in dem Versuch, nach der Beschlußfassung kurzerhand zur ursprünglichen Tagesordnung überzugehen und über den zentralen "Plan der Pädagogischen Forschung 1991-1995" zu beraten.

Das Ergebnis der Ratstagung blieb zwiespältig. Zum einen legitimierte das Abstimmungsergebnis die berufene Leitung des Wissenschaftlichen Rates⁹ dazu, die Stellungnahme als Erklärung der Unterzeichner/innen zu veröffentlichen. Andererseits wurde durch den schnell gefaßten Beschluß die notwendige Auseinandersetzung über das vergangene und künftige Selbstverständnis der Historikerinnen und Historiker der Pädagogik in der DDR abgebrochen und verschoben. Zudem täuschte die einhellige Annahme der Erklärung als Arbeits- und Diskussionsgrundlage durch den Rat nur dürftig über die seit langem latenten und sich noch im Herbst 1989 schnell entfaltenden Meinungsverschiedenheiten über die Ziele, Inhalte und Methoden der Historischen Pädagogik in der DDR hinweg.

2. Der schwierige Umgang mit der Vergangenheit

Das Problem, ihrem zeitlich noch so nahen und doch recht bald schon schier unendlich fernen Funktionieren als vorwiegend ideologische Stütze eines nur kurz wankenden und überraschend schnell stürzenden Regimes zu begegnen, war naturgemäß für die Spezialisten/innen der DDR-Bildungsschicht besonders groß. Trotzdem oder gerade deshalb ging die Initiative zu der auf der Ratssitzung am 2. November 1989 vertagten Auseinandersetzung über die historisch-pädagogische Forschung in der DDR von Gottfried Uhlig, einem

der prominentesten Vertreter der DDR-Schulgeschichtsschreibung, aus. Bereits am 7. Dezember 1989 stellte er auf einer Tagung der Forschungsgemeinschaft "Geschichte der Schule und der Pädagogik in der DDR" an der Pädagogischen Hochschule in Leipzig einen Entwurf seiner später veröffentlichten "Thesen zur Neubewertung der Geschichte der Schulpolitik in der UdSSR und in der DDR" zur Diskussion. Darin bekennt sich Uhlig zum eigenen "Mangel an Zivilcourage" (Uhlig 1990, S. 136) ebenso wie dazu, als Disziplinvertreter "mitschuldig" geworden zu sein (ebd., S. 135). Vor allem jedoch sieht er sich als Opfer einer von der APW und ihrem Präsidenten Gerhart Neuner sowie im besonderen vom Ministerium für Volksbildung unter Führung Margot Honeckers diktierten "realitätsferne(n) und sozialismusfremde(n) Schulpolitik und Pädagogik" (ebd.). Trotz der von ihm erkannten verhängnisvollen Abhängigkeit der Historischen Pädagogik von bildungspolitischen Vorgaben reflektiert er das Verhältnis von Erziehungswissenschaft und Politik prinzipiell unkritisch. Statt dessen moniert er die extreme wissenschaftspolitische Bevormundung historisch-pädagogischer Forschung seit der "Regierungszeit Margot Honeckers" bzw. durch die "Honecker-Neuner-Gruppe" (ebd., S. 150) und lenkt den Blick weg vom generellen Dilemma eines stets versuchten Gleichklanges von Wissenschaft und Parteilichkeit hin zur Frage nach der individuellen Schuld einiger exponierter Vertreterinnen und Vertreter des somit grundsätzlich akzeptierten Systems. Allerdings fehlt, abgesehen vom eher indirekten Hinweis auf die Autorinnen und Autoren der in Vorbereitung des IX. Pädagogischen Kongresses ministeriell in Auftrag gegebenen "Thesen zur Geschichte der ... Oberschule" (ebd., S. 134), die dann auch konsequent zu formulierende Frage nach der besonderen Verantwortung führender Historikerinnen und Historiker der Pädagogik für die Entwicklung der Disziplin zu einer Art "Hofgeschichtsschreibung" (ebd.). In seiner eigentümlichen Relativierung des Wahrheitsanspruches von Wissenschaft zugunsten von Parteilichkeit (vgl. ebd., S. 133) bleibt nicht zuletzt die Tendenz dazu nachdrücklich angelegt. In diesem Zusammenhang bemerkenswert ist, daß sich der von G. Uhlig maßgeblich für die "im ganzen" zur "Apologetik" "entartete"(!) (ebd., S. 134) Darstellung der DDR-Schulgeschichte seit den sechziger Jahren verantwortlich gemachte Gerhart Neuner ebenfalls durch eine korrupte Parteiführung mißbraucht sieht und zu einer "grundlegende(n) Neubewertung der Lage" (Neuner 1989, S. 3) zu kommen versucht. Dabei stellt Neuner eine bildungspolitische Reglementierung von Wissenschaft auch jetzt noch nicht grundsätzlich und entschieden in Frage, sondern er kritisiert ähnlich wie Gottfried Uhlig "die Art und Weise, wie Administration in der Volksbildung ..., auch gegenüber Wissen-

schaftlern, verstanden und praktiziert worden ist" (ebd., S. 7). Neuner geht allerdings sogar über seinen Kritiker hinaus, wenn er sich künftig auch jenen "*Deformationen in der Theorie zuwenden*" will, "die Widersprüche und Deformationen in der Bildungspolitik und Praxis bedingt haben" (ebd., S. 5).

Partiell andere "Gedanken zur Geschichte des Schulwesens in der Deutschen Demokratischen Republik" produzierten Hans-Jürgen Fuchs¹⁰ und Roland Schmidt¹¹, zwei langjährige Mitarbeiter Gottfried Uhligs in der Forschungsgruppe "Geschichte der Schule und der Pädagogik in der DDR". Die von ihnen in einem ersten Wurf versuchte prinzipielle Neubewertung der DDR-Schulentwicklung (vgl. Fuchs/Schmidt 1990, S. 2) ist von dem Ziel getragen, "sorgfältig zwischen Wertvollem und Bleibendem einerseits sowie Fehlentwicklungen und Veränderungsnotwendigem andererseits" (ebd.) zu unterscheiden. Ihnen gelingt allerdings nur eine im Grunde völlig unkritische Rezeption der hierzulande verfaßten historisch-pädagogischen Standardliteratur. In ihrer Relevanz für die Entwicklung von Schule und Pädagogik in der DDR ungewiß bleibt denn auch ihre eher aufgesetzte Kritik sowohl an der (widersprüchlich datierten) zunehmenden Durchsetzung "stalinistische(r) Machtstrukturen" wie an der "Einengung der Bildungs- und Erziehungskonzeption auf die Weltanschauung und Moral der Arbeiterklasse, auf die Ziele und das Denken einer Partei, der SED" (ebd., S. 3). Letzteres mußte im übrigen noch keineswegs einen Zweifel am selbstbestimmten Führungsanspruch der SED bedeuten. Immerhin gehen Fuchs und Schmidt über die Schuldzuweisung an eine, wie sie meinen, kleine und in jüngster Zeit korrupte Gruppe in der Führung der SED (vgl. ebd., S. 2) hinaus, indem sie politische Strukturen (vgl. ebd., S. 5) für das verfehlte Ziel einer "wirkliche(n) sozialistische(n) Gesellschaft" (ebd., S. 3) verantwortlich machen. Andererseits bleiben sie in ihrer Stalinismuskritik weit hinter Uhlig zurück, wenn sie ausgerechnet die sowjetische Pädagogik der dreißiger und vierziger Jahre als erwiesen tragfähig behaupten (vgl. ebd., S. 4). Der wesentliche Zusammenhang zwischen den von Fuchs und Schmidt angedeuteten strukturellen Ursachen für gesellschaftliche "Fehlentwicklungen" und der im ganzen nicht erreichten "wahrhaft sozialistischen Schulentwicklung" (ebd., S. 2) bleibt unbegriffen.

3. Die Selbstabwicklung des Disziplinverbundes

Die sich sowohl bei Fuchs und Schmidt als auch bei G. Uhlig und schließlich nicht wesentlich anders bei Neuner abzeichnende Tendenz, sich den verändernden und scheinbar die Entwicklungsrichtung bestimmenden Bedingun-

gen anzupassen, beeinflusste nach der Jahreswende 1989/90 die weitere Diskussion über das Schicksal des Wissenschaftlichen Rates nicht unwesentlich. Zum anderen wurde sie deutlich durch die hier im besonderen von Fuchs und Schmidt artikulierte öffentliche Meinung über den ursächlichen Zusammenhang von gesellschaftlicher Struktur- und bildungspolitischer Fehlentwicklung diktiert. Noch gegen Jahresende 1989 blieb der Rat durchaus allgemein als ein Gremium für die notwendig zu beginnende gemeinschaftliche Auseinandersetzung über das verhängnisvolle Selbstverständnis der Disziplin akzeptiert.

Nicht zuletzt die zwar noch immer zurückhaltende, aber immerhin inzwischen offen artikulierte Kritik an den von Gottfried Uhlig anlässlich der Arbeitstagung am 7. Dezember in Leipzig vorgestellten Thesen und vor allem an den von Roland Schmidt vorgetragenen Gedanken zur DDR-Schulgeschichte deuteten die noch vorhandenen Potenzen des Rates für den öffentlichen bzw. disziplininternen Diskurs an. Für den Versuch seiner weiteren demokratischen Profilierung sprachen aber im besonderen und generell die seit einigen Jahren gereifte Kollegialität in der Leitung des Rates auch über die formal bindenden Statuten hinweg, die über das ansonsten übliche Maß hinausgehende kollektive Forschungsplanung und -koordinierung und nicht zuletzt der im allgemeinen kollegiale Umgang miteinander. Als schwerer wiegendes Hindernis für die Entwicklung des Rates zu einem Organ der gemeinschaftlichen Auseinandersetzung über die systemstabilisierende Rolle der Historischen Pädagogik in der DDR erwies sich dann doch seine institutionelle (strukturelle) Bindung an die APW als zentraler "Leiteinrichtung" für die erziehungswissenschaftliche Forschung und Lehre, darin eingeschlossen deren in erster Linie wahrgenommene Funktion als verlängerter wissenschafts- und bildungspolitischer Arm des Ministeriums für Volksbildung.

Zunächst allerdings beschloß die Leitung des Wissenschaftlichen Rates für Geschichte der Erziehung am 22. Februar 1990, den Rat in Form einer "solidarische(n) Vereinigung der Historiker der Pädagogik" fortbestehen zu lassen. Die berufenen Leitungsmitglieder traten zurück. Sie und die führenden Disziplinvertreterinnen und -vertreter der Hochschulen und Universitäten übernahmen nunmehr auch formal gemeinsam die vorläufige Leitung des Rates und konstituierten sich als "beratender Ausschuß". Die Wahl eines Leitungsgremiums war für die Zeit nach der Diesterweg-Ehrung 1990 vorgesehen (vgl. Wiegmann 1990).

Erstmals offen in Frage gestellt wurde die weitere Existenz des Wissenschaftlichen Rates auf der nächsten Zusammenkunft des beratenden Ausschusses am 26. April 1990. Inzwischen hatte die Volkskammerwahl vom

18. März 1990 ein eindeutiges Votum der DDR-Bevölkerung für die deutsch-deutsche Vereinigung und gegen die weitere eigenstaatliche Demokratisierung des Sozialismus erbracht. Das traf allerdings die erziehungswissenschaftlichen Organisationen in beiden deutschen Staaten nicht gänzlich unvorbereitet. Immerhin waren bereits seit der Öffnung der Mauer Beziehungen auf allen Ebenen aufgenommen und entwickelt worden. Kontakt- und Verhandlungspartner seitens der Historischen Kommission in der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft (DGfE) wurden sowohl der Wissenschaftliche Rat für Geschichte der Erziehung als auch die Kommission für deutsche Erziehungs- und Schulgeschichte.¹² In einer Beratung der Historischen Kommission am 19. März 1990 anlässlich der 12. Tagung der DGfE in Bielefeld waren die durch ihren Vorsitzenden, Rudolf Keck, aufgenommenen Kontakte zu den Kolleginnen und Kollegen in der DDR gebilligt worden. Außerdem hatte man in Anerkennung der noch bestehenden Zweistaatlichkeit beschlossen, auch den Historikerinnen und Historikern der Pädagogik in der DDR eine assoziierte Einzelmitgliedschaft in der Historischen Kommission anzubieten. Eine weitere Mitgliedschaft im Wissenschaftlichen Rat für Geschichte der Erziehung wäre davon unberührt geblieben. Am Rande der DGfE-Tagung wurde allerdings auch ein Problem behandelt, das dann mittelbar in entscheidendem Maße auf das Weiterbestehen des Wissenschaftlichen Rates für Geschichte der Erziehung zurückwirkte. In der DDR war eine Gesellschaft für Pädagogik (GfP) gegründet worden, deren Leitung spätestens seit der Bielefelder Tagung entgegen der ursprünglichen Intention und wohl auch überrascht von der sich abzeichnenden deutsch-deutschen Perspektive zielstrebig auf eine Fusion mit der DGfE hinarbeitete. Zum Initiator einer Sektion Historische Pädagogik innerhalb der GfP wurde Hans-Jürgen Fuchs, nachdem seine Bemühungen für die Gründung einer Sektion Historische und Vergleichende Pädagogik am Widerstand der inzwischen konstituierten Gesellschaft für vergleichende Pädagogik gescheitert waren. In Anbetracht dieser Entwicklungen hatte der beratende Ausschuß des Wissenschaftlichen Rates für Geschichte der Erziehung am 28. April 1990 eine Reihe von Grundsatzfragen zu diskutieren und zu entscheiden (vgl. Protokoll). Sie betrafen *erstens* und in Fortsetzung der Beratungen vom 22. Februar 1990 seinen neu zu formulierenden Status. Mit der institutionellen Ablösung aller Wissenschaftlichen Räte von der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften war ihre traditionelle unmittelbare Reglementierung durch die bildungspolitische Zentrale nunmehr ausgeschlossen. Vorschläge für einen Statutenentwurf wurden bis Ende Mai 1990 von allen Historikerinnen und Historikern der Pädagogik in der DDR erbeten. Sofort beschlossen

wurde allerdings, die Mitgliedschaft im Wissenschaftlichen Rat nicht länger von einer Berufung abhängig zu machen, sondern seine Mitglieder als delegierte Interessenvertreter/innen der Einrichtungen zu begreifen. Außerdem wurde die Möglichkeit eröffnet, unabhängig von einer Delegation auch beantragende oder von der Leitung des Rates vorzuschlagende Einzelpersonen zuzulassen.

Zweitens stand das Angebot seitens der Historischen Kommission in der DGfE zur Diskussion, nunmehr auch Historikerinnen und Historiker der Pädagogik aus der DDR aufzunehmen. Es wurde beschlossen, im Gegenzug auch Erziehungswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern aus der Bundesrepublik eine Mitgliedschaft im Wissenschaftlichen Rat für Geschichte der Erziehung anzutragen.

Drittens wurde der beratende Ausschuß des Wissenschaftlichen Rates mit der von Hans-Jürgen Fuchs für Anfang September 1990 in Aussicht gestellten Gründung einer Sektion Historische Pädagogik in der GfP konfrontiert, deren Mitgliedschaft sich im wesentlichen nur aus dem im Wissenschaftlichen Rat organisierten Personenkreis rekrutieren konnte. Für die Neugründung würde trotzdem, so Fuchs, im besonderen ihre der Historischen Kommission in der DGfE angepaßte Struktur sprechen. In diesem Sinne war die anschließende Forderung Gerhard Arnhardts nur konsequent, sich ohne Umwege gleich als Sektion der Historischen Kommission zu konstituieren. Dem stand allerdings deren ausschließliches Angebot einer assoziierten Einzelmitgliedschaft entgegen. Gottfried Uhlig plädierte, wie die Mehrzahl der Mitglieder des beratenden Ausschusses, für den Zusammenhalt der Historikerinnen und Historiker der Pädagogik aus der DDR in der noch zu gründenden Sektion der GfP, ohne allerdings das weitere Existenzrecht des Wissenschaftlichen Rates für Geschichte der Erziehung ausdrücklich zu verneinen. Die Frage nach dem Sinn einer Neugründung, die letztlich auf eine Fusion mit der Historischen Kommission zielt und die ebenso über einen mehrheitlichen Beitritt zur Historischen Kommission erreichbar gewesen wäre, wurde seitens ihrer Initiatoren nicht beantwortet. Unausgesprochen blieb zudem die nur mutmaßliche Absicht, sich von einer durch ihre ursprüngliche strukturelle Bindung an die APW und damit an die bildungspolitische Zentrale belasteten Organisation zu verabschieden. Mit einer Neugründung war natürlich zugleich die Chance verbunden, einen personellen Führungswechsel unter den Historikerinnen und Historikern der Pädagogik in der DDR einzuleiten und damit der Historischen Kommission neue Kontaktpartner/innen anzubieten. Das hätte allerdings auch bei der anstehenden Neuwahl der Leitung des Wissenschaftlichen Rates erreicht werden können. Gegen die Sek-

tion Historische Pädagogik sprach aber vor allem die Gefahr einer organisatorischen Zersplitterung des bisherigen Disziplinverbundes. Einige Ratsmitglieder hatten angekündigt, keinesfalls einer Gesellschaft für Pädagogik beitreten zu wollen, deren offenkundiges Ziel längerfristig ausschließlich darin bestünde, mit der DGfE zu fusionieren und sich also aufzulösen. Kurz- und mittelfristig schien noch immer die so dringende disziplininterne Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit im Rahmen der bisherigen Organisationsstruktur leistbar. Die gerade beginnende Kontroverse wurde schließlich durch den einhelligen Entschluß abgebrochen und geglättet, künftig eine Doppelmitgliedschaft nicht auszuschließen. Damit wurde die Neugründung zunächst ausschließlich zu einer Angelegenheit der Initiatoren um Hans-Jürgen Fuchs und ihrer Befürworter. Die Existenz des Wissenschaftlichen Rates für Geschichte der Erziehung und damit sein neu formuliertes Selbstverständnis als solidarischer Verbund der Historikerinnen und Historiker der Pädagogik in der DDR schienen wenigstens kurzfristig nicht gefährdet. Noch im Juni 1990 gingen bei der Ratsvorsitzenden Christa Uhlig aus den Pädagogischen Hochschulen in Leipzig, Potsdam und Köthen Forschungskonzeptionen zur Abstimmung im Wissenschaftlichen Rat ein (vgl. Forschungskonzeptionen). Trotzdem deutete seit der letzten Tagung des beratenden Ausschusses manches auf ein bevorstehendes Ende des Wissenschaftlichen Rates für Geschichte der Erziehung hin. Sowohl die Auseinandersetzungen über das Selbstverständnis der Historikerinnen und Historiker der Pädagogik in der DDR als auch über die künftige Entwicklung ihres Disziplinverbundes wurden nicht wieder aufgenommen. Die erwarteten Vorschläge für ein neu zu erarbeitendes Statut blieben aus. Mit der Tagung des beratenden Ausschusses am 26. April 1990 hatte der Wissenschaftliche Rat für Geschichte der Erziehung im Grunde aufgehört zu existieren. Trotzdem mußte der "Offene Brief an alle Mitglieder des Wissenschaftlichen Rates" vom Juli 1990 einigermaßen überraschen, in dem Christa Uhlig ihren Entschluß bekanntgab, den Rat aufzulösen, und in dem sie zugleich alle Mitglieder des Wissenschaftlichen Rates bat, der noch zu gründenden Sektion Historische Pädagogik beizutreten. Der "Offene Brief" widersprach eindeutig der Beschlußlage, auch wenn die einsame Entscheidung nur noch eine nicht mehr aufzuhaltende Entwicklung zu sanktionieren schien (vgl. Offener Brief).

Der am 2. November 1989 versuchte, aber schon in den Anfängen kleinmütig gebremste emanzipatorische Aufbruch der Historikerinnen und Historiker der Pädagogik in der DDR mündete nach nur wenigen Monaten und noch vor der deutsch-deutschen Einigung in die Selbstauflösung des Diszi-

plinverbundes und zeitigte als erstes greifbares Ergebnis eine organisationsstrukturelle Anpassung. Die Historikerinnen und Historiker der Pädagogik beraubten sich durch die Auflösung des Wissenschaftlichen Rates ihrer selbst bestimmten solidarischen und demokratisch verfaßbaren Vereinigung. Sie vergaben damit und in der Folge die Chance, sich trotz aller aufbrechenden Differenzierungsprozesse sowie in Anbetracht einer gemeinsamen disziplinären Vergangenheit kritisch und kollegial sowohl mit ihrem früheren Selbstverständnis als auch mit den Ergebnissen der pädagogischen Historiographie in der DDR auseinanderzusetzen. Der letztendliche Verzicht auf einen disziplininternen Diskurs und die mehrheitliche Konzentration auf die Selbstabwicklung einer für schuldig und belastet befundenen Struktur korrespondierten tendenziell eher mit einem versuchten Vergessen, Verdrängen und Verschweigen des eigenen Funktionierens als ideologische Stütze des vergehenden real-sozialistischen Regimes denn mit einer selbstkritischen Besinnung. Hans-Jürgen Fuchs beispielsweise, immerhin gewählter Vorsitzender der Sektion Historische Pädagogik in der GfP, beschreibt heute den in der DDR üblichen Umgang mit historischen Sachverhalten bzw. das in der DDR herrschende "Verständnis von der Einheit von Politik, Erziehungswissenschaften und Schule" nicht am Beispiel eigener, durchaus treffender Texte (vgl. Auswahlbibliographie, S. 13-16), sondern anhand von Zitaten aus der (historisch-)pädagogischen Standardliteratur (vgl. Fuchs 1991, S. 85). Und seinem Mitautor der "Gedanken zur Geschichte des Schulwesens in der Deutschen Demokratischen Republik", Roland Schmidt, dem die Sowjetpädagogik der dreißiger und vierziger Jahre noch vor der Jahreswende 1989/90 als uneingeschränkt tragfähig schien, interpretierte diese früher als vorbildlich angenommene sowjetische Pädagogik im September 1990 nur noch als weit hinter der Reformpädagogik zurückbleibende "Ansichten aus der Zeit der stalinistischen Verfolgung und des Kampfes gegen Hitlerdeutschland" (Schmidt 1990, S. 58). Ein binnen Jahresfrist erreichter enormer Erkenntnis-schub wäre glaubwürdiger, bliebe nicht erst seit den frühen Texten vom Herbst 1989 der Zusammenhang von versuchter Neubewertung und wechselnder autoritativer Gesellschaftspolitik deutlich stabil.¹³ Das zudem sowohl bei Gottfried Uhlig wenigstens partielle als auch bei Hans-Jürgen Fuchs offenbar ausgeprägte Bedürfnis, die eigene Rolle im realsozialistischen Wissenschaftsgefüge primär bzw. ausschließlich der Bildungs- und wissenschaftspolitischen Zentrale anzulasten (vgl. Fuchs 1991, S. 84), oder wie bei Fuchs und Rackow, (die eigene) Uninformiertheit – leicht widerlegbar – mit dirigistischer Informationsselektion zu entschuldigen (vgl. ebd. u. Anweiler 1990, S. 17-21), steht zusammen mit der organisationsstrukturellen Anpas-

sung des Verbundes der Historikerinnen und Historiker der Pädagogik in der Post-DDR an das westliche Vorbild eher für die Kontinuität eines bildungspolitischen Abhängigkeitsbedürfnisses als für einen Gewinn an Glaubwürdigkeit und Autonomie.

Anmerkungen

- 1 Im Wissenschaftlichen Rat für Geschichte der Erziehung waren ca. 40-50 Historikerinnen und Historiker der Pädagogik der DDR sowie maßgebliche Hochschullehrerinnen und -lehrer aus Nachbardisziplinen vertreten. Die Berufung zum Mitglied des Rates erfolgte auf Vorschlag der/des Ratsvorsitzenden durch den Präsidenten der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften. Der Wissenschaftliche Rat fungierte als das zentrale Beratungsgremium der Disziplinvertreterinnen und -vertreter insbesondere hinsichtlich der Forschungsplanung und -koordinierung, zeichnete für die Entwicklung des wissenschaftlichen Nachwuchses verantwortlich, organisierte das wissenschaftliche Leben der Disziplin, nahm Einfluß auf die Berufung der Hochschullehrerinnen und -lehrer und sicherte durch die Anbindung an die APW deren Status als zentrale "Leiteinrichtung" der pädagogischen Forschung in der DDR. Veranstaltungen des Wissenschaftlichen Rates waren für alle in Forschung und Lehre tätigen Historikerinnen und Historiker der Pädagogik offen. Die im Wissenschaftlichen Rat erarbeiteten Fünfjahrpläne der Disziplinentwicklung bedurften der Bestätigung durch die Leitung der APW.
- 2 In der erweiterten Leitung des Wissenschaftlichen Rates waren zusätzlich zu den berufenen Leitungsmitgliedern alle Bereichsleiter/innen für Geschichte der Erziehung aus den lehrerbildenden Einrichtungen vertreten.
- 3 Prof. Dr. sc. Christa Uhlig, Jg. 1947, s.Z. stellvertretende Direktorin des Instituts für Theorie und Geschichte der Pädagogik an der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften.
- 4 Die Stellungnahme wurde erst nach einigem Zögern veröffentlicht. Eine noch am 2. November 1989 über ADN entgegen einem generellen Verbot seitens des Ministeriums für Volksbildung verbreitete Kurzfassung der Stellungnahme erschien als Notiz lediglich in der Magdeburger Bezirkszeitung "Volksstimme".
Vgl. G(eschichte)d(er)E(rziehung)-Information (1989) Nr. 8, hrsg. vom Wissenschaftlichen Rat für Geschichte der Erziehung, gesammelt in: Archiv des DIPP/Außenstelle Berlin.
- 5 Prof. Dr. sc. Gottfried Uhlig, Jg. 1928, s.Z. Leiter des Wissenschaftsbereichs Geschichte der Erziehung an der Sektion Pädagogik der Karl-Marx-Universität in Leipzig.
- 6 Prof. em., Dr. paed. habil., Dr. h.c. Gerd Hohendorf, Jg. 1924, zuletzt von 1981 bis 1986 amtierender Direktor des Instituts für Theorie und Geschichte der Pädagogik, bis 1987 Vorsitzender des Wissenschaftlichen Rates für Geschichte der Erziehung.

- 7 Prof. em., Dr. sc. Johannes Irmischer, Jg. 1920, bis 1985 Bereichsdirektor für griechisch-römische Kultur im Zentralinstitut für Alte Geschichte und Archäologie der Akademie der Wissenschaften der DDR.
- 8 Prof. Dr. sc. Heinz Gerd Rackow, Jg. 1933, s.Z. Leiter des Wissenschaftsbereichs Schulpädagogik der Sektion Pädagogik/Psychologie an der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock.
- 9 Neben Christa Uhlig hatten Christine Lost, Jg. 1938, s.Z. Leiterin der Abteilung Geschichte der Erziehung im Institut für Theorie und Geschichte der Pädagogik an der APW, sowie Gerhard Arnhardt, Jg. 1936, s.Z. Leiter des Wissenschaftsbereichs Geschichte der Erziehung an der Sektion Pädagogik/Psychologie und Freundschaftspionierleiteransbildung an der Pädagogischen Hochschule "K.F.W. Wander" in Dresden, die Funktion als Stellvertreter/in der Ratsvorsitzenden inne. Der Autor dieses Beitrages, Jg. 1952, fungierte als wissenschaftlicher Sekretär des Rates und war s.Z. wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Geschichte der Erziehung am Institut für Theorie und Geschichte der Pädagogik der APW.
- 10 Doz. Dr. sc. Hans-Jürgen Fuchs, Jg. 1942, s.Z. stellvertretender Direktor der Sektion Erziehungswissenschaften an der Technischen Hochschule (Universität) Karl-Marx-Stadt.
- 11 Prof. Dr. sc. Roland Schmidt, Jg. 1942, s.Z. Leiter des Wissenschaftsbereichs Grundlagen und Geschichte der Pädagogik an der Sektion Pädagogik/Psychologie der Pädagogischen Hochschule "Clara Zetkin" in Leipzig.
- 12 Vgl. den Beitrag von Christine Lost in diesem Band.
- 13 Vgl. z.B. mit: Schmidt, R.: Zur Entwicklung des Schulwesens in der Sowjetunion (insbesondere der RSFSR) in den Jahren 1917-1937. In: Zur Geschichte der sowjetischen Schule 1917-1937, hrsg. von der Leitung der Forschungsgemeinschaft "Zur Geschichte der Schule und der Pädagogik sozialistischer Länder", an der Karl-Marx-Universität Leipzig, Sektion Pädagogik. Leipzig 1983 (Manuskriptdruck), S. 33

Unveröffentlichte Quellen und Literatur

Unveröffentlichte Quellen

- Auswahlbibliographie: Zur Geschichte von Schule und Pädagogik in der DDR und in sozialistischen Ländern. Technische Hochschule Karl-Marx-Stadt 1986. (Manuskriptdruck)
- Einladung für den Wissenschaftlichen Rat am 2. November 1989. In: Archiv des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF)/Außenstelle Berlin, Akte Wissenschaftlicher Rat für Geschichte der Erziehung
- Forschungskonzeptionen der Bereiche Geschichte der Erziehung an den Pädagogischen Hochschulen in Köthen, Leipzig und Potsdam. In: ebd.
- Fuchs, H.-J./R. Schmidt: Gedanken zur Geschichte des Schulwesens in der Deutschen Demokratischen Republik. In: GdE-Information (1990) Nr. 2/3

- Offener Brief an alle Mitglieder des Wissenschaftlichen Rates Geschichte der Erziehung vom Juli 1990. In: Archiv des DIPF/ Außenstelle Berlin, Akte Wissenschaftlicher Rat für Geschichte der Erziehung
- Protokoll der Leitungsberatung des Wissenschaftlichen Rates für Geschichte der Erziehung am 26. April 1990. In: Privatarchiv von Christa Uhlig, Akte Wissenschaftlicher Rat
- Rackow, G.: Zu Fragen und Ergebnissen der regionalen Schulforschung in der DDR. Vorabdruck eines auf dem Kolloquium der Ruhr-Universität Bochum am 12. und 13. Februar 1990 gehaltenen Beitrages. In: GdE-Information (1990) Nr. 1, S. 1-6
- Referat des Präsidenten der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR, Prof. Dr. sc. Gerhart Neuner, auf der 41. Außerordentlichen Plenartagung der APW am 4. Dezember 1989. In: Archiv des DIPF/Außenstelle Berlin, Nr. 11.518
- Wiegmann, U.: (Information über die Beratung der Leitung des Wissenschaftlichen Rates am 22. Februar 1990.) In: GdE-Information (1990) Nr. 2/3, S. 1

Literatur

- Fuchs, H.-J.: Gedanken zum Bild der bundesdeutschen Erziehungswissenschaften in der ehemaligen DDR. In: Päd. u. Schule i. Ost u. West (1991) H. 2, S. 84-86
- Lost, C./Ch. Uhlig/U. Wiegmann: Lehren aus der Geschichte annehmen – eine Voraussetzung für die Erneuerung unserer Schule. In: Pädagogik (1989) H. 12, S. 982-968. Kurzfassung in: GdE-Information (1989) Nr. 11
- Rackow, H.G. (Rostock). In: Anweiler O.: Wissenschaftliches Interesse und politische Verantwortung: Dimensionen vergleichender Bildungsforschung. Opladen 1990, S. 17-21
- Schmidt, R.: Das Studium der Sowjetpädagogik 1948/49 – eine Alternative zur Reformpädagogik? In: Pädagogische Forschung (1990) H. 5/6, S. 57-58
- Uhlig, G.: Thesen zur Neubewertung der Geschichte der Schulpolitik in der UdSSR und in der DDR. In: Entschulung der Schule? (Wortmeldungen; 4). Berlin 1990, S. 133-151
- Zimmerling, Z. u. S. (Hrsg.): Neue Chronik DDR. Berichte, Fotos, Dokumente. 1. Folge: 7. August – 18. Oktober 1989; 2. Folge: 19. Oktober – 23. November 1989. Berlin 1990